

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

27.1.1928 (No. 23)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. u. a.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gut und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Ein Separatistenprozess

Dieser Tage fand in Köln ein Verleumdungsprozess des Großgrundbesizers Dr. Joseph Limbourg gegen den Redakteur des „Kölnischer Stadtanzeiger“, Dr. Rhoden, statt. Der Prozess, der vom 18. bis 24. Januar dauerte und das Rheinland in Atem hielt, war dadurch entstanden, daß der in den Rheinischen Provinziallandtag gewählte Dr. Joseph Limbourg im Geruch stand, mit den Separatisten zusammengearbeitet zu haben, und deshalb von den übrigen Abgeordneten boykottiert wurde.

Diese Tatsache griffen die Zeitungen auf und bezeichneten Dr. Limbourg als Separatisten, worauf dieser eine Verleumdungsklage löschte. In der ersten Instanz wurde Rhoden am 15. Oktober 1927 freigesprochen, nachdem der Beweis erbracht war, daß Limbourg mit den Separatisten in Beziehungen gestanden habe. In der zweiten Verhandlung, zu der etwa 100 Zeugen, darunter der Duisburger Oberbürgermeister Dr. Jarres — dem Dr. Limbourg im Laufe der Verhandlung angehörselt seiner belastenden Aussagen Ohrfeigen anbot — aufgetreten waren, wurde noch einmal in alle Winkel der einflussreichen Separatistenumtriebe hineingeleuchtet und der Beweis erbracht, daß Limbourg tatsächlich den Titel Separatist verdiente. Unter der Last der von der Verteidigung des Beklagten Dr. Rhoden vorgebrachten Beweise mußte Dr. Limbourg seine Klage zurücknehmen, als noch dazu sein Bruder Peter Limbourg, der als Zeuge auftrat, wegen Meinungsäußerung verhaftet wurde.

Diese Verhaftung ergab sich aus einer hochdramatischen Verhandlung. Ein Zeuge Schrim erklärte, Peter L. habe ihm in Winterbrunn im Neujahr 1920 gesagt, wenn die rheinische Republik nicht lebensfähig sei, müsse sich das Rheinland an Frankreich anschließen. Bei seiner eblischen Vernehmung bestritt Peter L. jede separatistische Gesinnung und Betätigung. Als der Zeuge dann ausdrücklich erklärte, daß er nie an Worten geschrieben habe, verliest der Verteidiger zwei Briefe an Dr. Dornen am 27. Oktober 1918 und 1923, die von dem Zeugen unterschrieben waren. In einem Brief hatte der Bruder Dr. Limbourgs an Dornen u. a. geschrieben, daß der Kreis Wilsberg durch die Tätigkeit des Pfarrers Boomann, Dr. Limbourg und Peter Limbourgs zu einem Vorkreis innerhalb des Dornenschen Kreises geworden sei. In diesem Brief wurden auch führende Bürger von Wilsberg verächtigt und zur Ausweisung empfohlen. Peter Limbourg gab zu, daß dieser Brief von seiner Hand geschrieben sei, erklärte aber, daß er sich nicht daran erinnern könne, ihn geschrieben zu haben.

Professor Grimm, der Rechtsanwalt des Privatbeteiligten, würdigte die Bedeutung des Prozesses noch im Zusammenhang mit dem Ruhrkampf. Es habe sich erwiesen, so schloß er, daß die rheinländische Bevölkerung treu zum Reiche steht und alle separatistischen Bestrebungen entschieden zurückgewiesen habe. Nach Schluß der Verhandlungen wurde Peter Limbourg verhaftet und abgeführt.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht ein politisches Nachwort des Oberbürgermeisters Dr. Jarres zu dem Prozess. Dr. Jarres führte u. a. aus:

Der Prozess Limbourg hat mit einer vernichtenden Niederlage der Gebrüder Limbourg und ihres Anhangs geendet. Ich sehe die Bedeutung des Prozesses in einer „Luftbereinigung“, wie Prof. Grimm, einer der Verteidiger des angeklagten Redakteurs des „Kölnischen Stadtanzeiger“ sich ausdrückte, und zwar in innen- wie außenpolitischer Beziehung. In dem Prozess sollten selbstverständlich die sachlich-politischen Gegensätze nicht verschleiert werden, welche in der Rheinlandsfrage unter den Parteien bestanden haben. Aber das eine steht erfreulicherweise fest: Daß jene Meinungsverschiedenheiten streng sachlicher Natur waren, daß jene Erörterungen in steter Verbindung mit Reichs- und Staatsregierung geführt worden sind und daß sämtliche beteiligten Parteien und Wirtschaftskreise in einmütigen Gegensatz zu dem Separatismus Dornenscher Richtung standen, welchen das Kölner Gericht auch den „verächtlichen“ Separatismus bezeichnet hat, und den ich etwas deutlicher verbretterischen Separatismus nenne. Die Bedeutung des Kölner Prozesses liegt innerpolitisch in diesem ein für allemal geklärten Tatbestand. Außenpolitisch ist von neuem einmündig festgestellt, daß jene Separatistenbewegung mit feindslichem Kapital ermöglicht und gehalten worden ist. Deutschland hat auf Grund des Versailleser Vertrages und der zwischenzeitlich getroffenen internationalen Abmachungen einen Rechtsanspruch auf alsbaldige völlige Räumung des noch besetzten Gebietes. Wenn die Leitung der französischen Politik bisher noch geglaubt hat, auf Stimmungen und Bestimmungen im Rheinlande rechnen zu können, so wird sie der Ausgang des Prozesses belehren müssen, daß das deutsche Rheinland einmütig jede Einmischung in deutsche Angelegenheiten zurückweist. Die Rheinlande verlangen die endliche Befreiung von der Besetzung, welche sie auch als vertragswidrig empfinden.

Empfang beim Reichspräsidenten

W.B. Berlin, 27. Jan. (Tel.) Der Reichspräsident empfing heute den litauischen Ministerpräsidenten Wolbomara, der von dem litauischen Gesandten in Berlin, Sidgitauskas, begleitet war, sowie den deutschen Botschafter beim päpstlichen Stuhl, Dr. v. Bergen.

Ein belgisch-deutsches Chemie-Kartell

M. Berlin, 27. Jan. (Priv.-Tel.) Nach Mitteilung aus Paris wird heute mit belgischen Industriellen über den Eintritt in das deutsch-französische Chemiekartell verhandelt. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen.

Letzte Nachrichten

Der Kampf um das Schulgesetz

M. Berlin, 27. Jan. (Priv.-Tel.) Im Bildungsausschuß des Reichstags wurde heute der Antrag der Deutschen Volkspartei, Kunkel, zu § 20 angenommen, wonach in den Gebieten des Reichs, in denen bisher eine nach den Befenntnissen nicht getrennte Volksschule nach Gesetz oder Verkommen besteht (wie in Baden), es bei dem bisherigen Zustand bleiben soll. Der Antrag fordert die Erhaltung der Simultanschule nicht wie im Regierungsentwurf befristet, sondern allgemein und für alle Simultanschulgebiete. Die Annahme des Antrags im Bildungsausschuß erfolgte mit den Stimmen der Deutschen Volkspartei und der gesamten Linken gegen Deutschnationalen, Zentrum, Wirtschaftspartei und Bayerische Volkspartei, und zwar mit 15 gegen 13 Stimmen.

Die Regierung hatte vor der Abstimmung erklären lassen, daß der Antrag Kunkel eine Verfassungsänderung darstelle und eine Zweidrittelmehrheit im Plenum erforderlich würde. Der Beschluß des Bildungsausschusses wird in Zentrumskreisen als untragbar für den weiteren Bestand der Regierungskoalition angesehen. Von dieser Seite wird dem „W.B.-Büro“ erklärt, daß das Zentrum seine Minister aus der Regierungskoalition zurückziehen werde, wenn die Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei zwischen erster und zweiter Lesung nicht zu einer Aufhebung des heute gefassten Beschlusses führen würden.

Wahlrecht und Splitterparteien

M. Berlin, 27. Jan. (Priv.-Tel.) In der Frage der Wahlrechtsänderung gegen die Splitterparteien ist man in den heutigen Besprechungen nicht weiter gekommen. Es ergab sich, daß die Mitte gegen die Vorschläge erheblichen Widerstand leistete, während zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten eine verhältnismäßig große Übereinstimmung herrschte, namentlich gilt das von der Übertragung der Wahlzettelherstellung an die Parteien. Auch gegen die sonstigen Vorschläge, wie 30 000 Unterschriften in einem Wahlkreis und die Leistung einer Kaution, wurden Bedenken geäußert. Die Besprechungen fanden gestern nur zwischen den Regierungsparteien statt, sie sollen solange fortgesetzt werden, bis unter diesen eine Einigung erzielt ist. Erst dann werden die anderen Parteien zu den Verhandlungen über diese Frage hinzugezogen.

Deutschland und Litauen

M. Berlin, 27. Jan. (Priv.-Tel.) Die „Wostische Zeitung“ meldete heute morgen, daß die Verhandlungen im Auswärtigen Amt mit dem in Berlin weilenden litauischen Ministerpräsidenten Wolbomara bereits zu einer weitgehenden Einigung geführt hätten, als man ursprünglich annehmen konnte. Nach dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen über die politischen Fragen halte man nicht nur das Zustandekommen eines Schiedsvertrages, sondern auch die Möglichkeit eines deutsch-litauischen Freundschaftsvertrages nicht für ausgeschlossen. Diese Mitteilungen des Blattes werden auch von anderer Seite bestätigt. Sehr bemerkenswert wurde, daß bei dem Gehen zu Ehren des litauischen Ministerpräsidenten vom Reichskanzler Dr. Marx gegebenen Diner führende Bankreife hinzugezogen wurden. Man sprach von einer großen Anleihe, die den Litauern gewährt werden soll. Wie ferner mitgeteilt wird, hat Wolbomara sehr verbindliche Zusicherungen über das Verhalten der Militärschützen im Memelland gegeben. Freilich haben wir von litauischer Seite schon viele derartige Zusicherungen, die aber bisher nicht gehalten wurden.

Die Hilfsaktion für die Landwirtschaft

M. Berlin, 27. Jan. (Priv.-Tel.) Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurden heute einige kleine Anträge der Demokraten zur Not der Landwirtschaft angenommen, dagegen der wichtigste auf Außerkräftigung der Futtermittelkette nach Begründung durch den Abgeordneten Dietrich-Baden abgelehnt.

Deutscher Industriellenbesuch in Warschau

W.B. Warschau, 27. Jan. (Tel.) Die zu einem dreitägigen Besuch angekündigte Abordnung führender Persönlichkeiten aus den verschiedenen Zweigen der deutschen Wirtschaft ist heute nach 9 Uhr morgens hier eingetroffen. Am Bahnhof hatten sich zum Empfang der deutsche Gesandte Kaufher und Mitarbeiter der Gesandtschaft eingefunden.

Wirtschaftliche Umschau

Nach Vorliegen der Monatsbilanz für Dezember zigt die deutsche Handelsbilanz für das Jahr 1927 einen Einfuhrüberschuß im Wert von fast 4 Milliarden (ohne Reparationslieferungen). Wie noch erinnert hat das vorhergehende Jahr 1926 bei einer Einfuhr im Wert von 9950 und einer Ausfuhr von 9818 Mill. eine fast ausgeglichene Handelsbilanz aufzuweisen, während für 1927 der Wert der Einfuhr 14 143 Mill. und der der Ausfuhr 10 218 Mill. beträgt. Man wird sich jedoch hüten müssen, die Endziffern beider Kalenderjahre einfach einander gegenüberzustellen, denn es handelt sich hier um für die Beurteilung der dauernd fließenden Wirtschaftsentwicklung als willkürlich anzusehende Zeitabschnitte, und ein Abschluß etwa von Mitte zu Mitte der Jahre ergäbe wieder ganz andere Endziffern.

Eine zutreffende Beurteilung der Sachlage ergibt sich nur bei einer Betrachtung der Entwicklungstendenzen der Handelsbilanz an Hand der einzelnen Monatsziffern, wie auch von Zeit zu Zeit an dieser Stelle des Blattes darauf eingegangen wurde. So zeigt das Jahr 1927 trotz seines ungünstigen Gesamtabschlusses eine günstige Entwicklung der Ausfuhr in seiner zweiten Hälfte, die ein mehr als saisonmäßiges Ansteigen erkennen läßt. Aber auch die Gesamtziffern sind nicht so ungünstig wie sie auf den ersten Blick erscheinen mögen, denn die deutsche Ausfuhr hat im Vergleich zu der des Vorjahres einen Mehrwert von 400 Millionen. Die Steigerung der Einfuhr um über 4 Milliarden hintwiederum ist aber eine Folge der großen Kapitaleinfuhr des vergangenen Jahres. Kapitaleinfuhr zieht immer Warenmehreinfuhr nach sich, und diese notwendige Folge muß bei der Beurteilung der Handelsbilanz in Rechnung gestellt werden. Deutschland befindet sich immer noch in einer Wiederaufbau- und Investitionsperiode. Die hierzu notwendigen Auslandskapitalien kommen aber zum erheblichen Teil in Form von Waren herein, wie die Ziffern der Monatsbilanzen zeigen, zum geringen Teil in fertigen Produktionsmitteln, zum großen Teil aber in Rohprodukten und Halbfabrikaten, Baustoffen (Bauh Holz) sowie in Lebensmitteln, Substanzmitteln für die dabei Beschäftigten. Die neuen Produktionsmittel wurden aber im wesentlichen im Inland hergestellt. Es ist anzunehmen, daß sich die Kapitaleinfuhr nun in engeren Grenzen halten wird und demgemäß auch die Wareneinfuhr. Deshalb ist es auch durchaus wahrscheinlich, daß in den kommenden Monaten, wenn die günstige Entwicklung der Ausfuhr anhält, ein Ausgleich der Handelsbilanz sich wieder anbahnt. Freilich hängt dies auch von dem Fortschreiten der Inlandskapitalbildung ab, welche die Kapital- und die damit verbundene Wareneinfuhr am wirksamsten zu verringern imstande ist. Der Ausgleich der Handelsbilanz genügt aber nicht, um einen Ausgleich der Zahlungsbilanz herbeizuführen, denn auf der deutschen Wirtschaft liegen noch die gewaltigen Reparationsverpflichtungen, die zudem die Inlandskapitalbildung sehr stark hemmen. Erst ein Überschuß der Handelsbilanz in der Höhe der Reparationen, dessen Erreichung so gut wie ausgeschlossen erscheinen muß, könnte Deutschland stabile und geordnete Wirtschaft- und Finanzgrundlagen bringen.

Besonders stark war 1927 die Einfuhr von Lebensmitteln, vor allem bei Getreide und Futtermitteln infolge der Missernte des Jahres. Die Lebensmitteleinfuhr hatte 1927 einen Wert von 4350 Mill. Reichsmark (1913 nur 2807 Mill. Reichsmark); Weizen, Roggen und Mais weisen die stärksten Steigerungen gegenüber der Vorkriegseinfuhr auf. Die Einfuhr von Fleisch und Speck ist gleichfalls weit höher als in der Vorkriegszeit (222 Mill. gegen 81 Mill.), aber wenigstens im Vergleich zu 1925 zurückgegangen. Ähnlich liegt das Verhältnis bei Butter und Käse. Natürlich läßt sich die Produktion unserer Landwirtschaft noch erheblich steigern und in der Qualität verbessern. Langsame Anfänge hierzu sind schon vorhanden, was sich u. a. darin zeigt, daß trotz Besserung der Wirtschaftslage die Einfuhr von einzelnen Lebensmitteln zum Teil sich nicht entsprechend gesteigert, sogar verringert hat.

Eine starke Steigung gegen das Vorjahr weist auch die Rohstoff- und Halbfabrikateinfuhr mit einem Wert von 7148 Millionen (1926: 4924, 1913: 6280 Millionen) auf. Am stärksten ist die Einfuhr von Textilrohstoffen gestiegen. Hier werden wir so lange stark auf das Ausland angewiesen sein, bis weitere Fortschritte in der Kunst

faserherstellung uns von der Einfuhr unabhängiger machen. Gegenüber der englischen Kohle, die zum Teil für Nordwestdeutschland sehr fruchtig an den englischen Meeresküsten gewonnen wird, hat sich die deutsche Produktion eigentlich gut gehalten (Steinkohleinfuhr 1927: 112 Mill. Reichsmark, 1913: 205 Mill.). Mit der steigenden Inlandsproduktion an synthetischen flüssigen Brennstoffen dürfte auch die Mineralöleinfuhr, die entsprechend dem heutigen großen Verbrauch erheblich höher als in der Vorkriegszeit ist, zurückgehen (1927: 246 Mill., 1913: 176 Mill.). In bezug auf Eisenerze werden wir infolge des Verlustes der Lothringischen Gruben und der ungenügenden Vorkommen in Deutschland stark auf das Ausland angewiesen bleiben (1927: 365 Mill., 1913: 227 Mill.).

Was die Fertigwaren anlangt, so wird sich unsere Kunstseideproduktion dauernd steigern, die Einfuhr hatte 1927 einen Wert von 131 Mill., die Ausfuhr einen solchen von 68 Mill. Bedenklich ist die sehr starke Einfuhr von Woll- und Baumwollgarn (Gesamtwert 600 Mill., 1913: 225 Mill.), der nur eine allerdings steigende Tendenz aufweisende Ausfuhr im Wert von 150 Mill. gegenübersteht. Erfreulich ist die Entwicklung der Maschinen- und der Ausfuhr von elektrischen Erzeugnissen, die erheblich die Werte der Vorkriegszeit überschritten haben. (Kessel, Maschinenteile 171 Mill., 1913: 119 Mill., Messerschmiedewaren 67 Mill., 1913: 38 Mill., sonstige Eisenwaren 610 Mill., 1913: 546 Mill., Textilmaschinen 161 Mill., 1913: 107 Mill., Werkzeugmaschinen 136 Mill., 1913: 98 Mill., sonstige Maschinen 400 Mill., 1913: 312 Mill., elektr. Maschinen 72 Mill., 1913: 64 Mill., elektrot. Erzeugnisse 327 Mill., 1913: 226 Mill.) Günstig hat sich auch die Ausfuhr von Farben und Chemikalien entwickelt. Sie wurden von Mitte des Jahres ab in monatlichen Mengen im Werte von 100 und mehr Mill. ausgeführt. Der Wert der Farbausfuhr betrug 1927 837 Mill. (1913: 305 Mill.), von Chemikalien 456 Mill. (1911: 384 Mill.). Die wichtigste Erscheinung ist das Steigen der deutschen Ausfuhr überhaupt im zweiten Halbjahr von 1927, wobei in manchen Monaten zusammen mit den Reparationslieferungen verschiedentlich der Wert von einer Milliarde Reichsmark überschritten wurde.

Mit der Frage der Ferngasversorgung, die ja für Baden von aktueller Bedeutung ist, hat sich nun auch der Landtag beschäftigt. Eine Anfrage über die Stellung der Regierung hierzu beantwortete der Innenminister dahin, daß das Land, das vor allem sich die Aufgabe der Ausnützung der Naturschätze stellt, keine Möglichkeit habe, sich an der Gasversorgung zu beteiligen, daß dies in erster Linie Aufgabe der Gemeinden sei, die sich auch überlegen müßten, wie sie sich zu dem Projekt der Ruhrzechen stellen sollen. Die Regierung sei aber bereit, Vertreter in den Ausschuss zu entsenden, den die drei Organisationsstellen der badischen Gemeinden mit der Prüfung der Frage der Ferngasversorgung beauftragt haben, um dort den Standpunkt der allgemeinen Landesinteressen zu vertreten. In der Aussprache wurde von verschiedenen Seiten auf monopolistische Gefahren hingewiesen, die sich bei Durchführung des Projekts der Ruhrzechen ergeben könnten. Die Gruppengasversorgung durch Zusammenfassung mehrerer Gemeinden besprach man ausführlich. Der Innenminister bekräftigte eine Verständigung unter den Gemeinden über die Aufteilung des Landes in Versorgungsgebiete.

In den Landtagsverhandlungen kam man auch auf die von den Städten Mannheim und Frankfurt begründete Südwestdeutsche Gasversorgungs-A.G. zu sprechen, die zunächst gegen die Monopolbestrebungen der Ruhr gerichtet ist und eine Gruppenversorgung über die Landesgrenzen hinaus in die Hand nehmen will. Hier wollen also große Städte die Ferngasversorgung für ein großes Gebiet selbst einrichten und ihre bereits jetzt sehr leistungsfähigen Gaswerke weiter ausbauen. Die Frankfurt-Mannheimer „Südwestdeutsche Gas A.G.“ strebt dabei eine Fernleitung Frankfurt-Mannheim an, der sich auch hessische Gemeinden anschließen können. Man hält es für zweckmäßig, zunächst mittlere und kleinere Werke stillzulegen und das Gas aus großen, fruchtigsten gelegenen eigenen kommunalen Gaswerken zu liefern, die später zu Kofereien ausgebaut und die auch mit der Ruhr zum Austausch der Reserven verbunden werden könnten, wenn sich dies als wirtschaftlich richtig erweisen sollte. Das Frankfurt-Mannheim-Projekt findet freilich auch Widerspruch sowohl in Hessen wie auch in Baden, wobei man darauf hinweist, daß Frankfurt, das bekanntlich zusammen mit Köln unerschlossene Kohlenfelder erworben hat, nun weitere Teilnehmer für das eingegangene, nicht geringe Risiko sucht.

Sicherungen gegen ein Gasmonopol der Ruhrzechen sollen auch in der von den drei badischen kommunalen Spitzenverbänden, dem badischen Städteverband (größere Städte), badischen Städtebund (mittlere und kleinere Städte) und Verband badischer Gemeinden, eingesetzten Studienkommission gesucht werden. Man denkt — ähnlich wie beim Frankfurt-Mannheim-Projekt — an Gruppenversorgung aus einigen leistungsfähigen größeren Gaswerken mit eigenen Fernleitungen bis günstigeren Bezugsmöglichkeiten durch eine event. neu zu errichtende eigene Koferei oder auch durch die Ruhrgasversorgung gegeben sind.

Das Projekt der Ruhrzechen wird bekanntlich durch die „A.G. für Kohleverwertung“ durchgeführt. Deren Leistungen, zunächst für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, sind bereits von Düsseldorf im Westen bis Sie-

gen im Osten im Bau. Als erste deutsche Großstadt hat sich ihr auch Hannover angeschlossen. Ein Gasverbrauch von 500 Mill. Kubikmeter, nahezu das Zehnfache, was eine Großstadt von 500 000 Einwohner verbraucht, soll bereits gesichert sein. Dabei handelt es sich allerdings zu neun Zehnteln um Gas für Industriezwecke. Die Leistungen sind auf eine Abgabe von 1000 Mill. Kubikmeter jährlich berechnet.

Deutscher Reichstag

BRB. Berlin, 26. Jan.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 14 Uhr. Die zweite Lesung des Haushaltsplanes für das Reichsjustizministerium wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Bell (Ztr.) bedauert die Tatsache, daß zwischen Volk und Justiz die Entfremdung ständig zunehme. Der Redner warnt die Organe der Justiz vor dem schädlichen Nebeneinander oder gar Gegeneinander der einzelnen Organe bei Wahrung ihrer Ständesinteressen. Alle Besprechungen auf wechselseitige Annäherung der Wähler auf dem Gebiete der Rechtspflege verdienen nachdrückliche Unterstützung. Wenn aber das Völkerverständnis dauernden Bestand haben und der Völkerverbund seiner Aufgabe gerecht werden solle, so müsse dabei auch die sittliche Idee des Rechts zum Durchbruch kommen. Damit sei aber die Aufrechterhaltung einer fremden Besetzung schlechterdings unerträglich. Der Gedanke einer Vereinfachung der Justiz lasse sich aus dem gesamten Fragekomplex der Neuordnung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern und der Verwaltungsreform nicht herausgreifen. Der Redner wandle sich sodann den Fragen der Justizreform zu, die einmal in der Nationalisierung der Gesetzgebung, im Abbau der Justiz und in der Sammlung und Sichtung der Gesetze bestehe. Zur Frage der Vertrauenskrise in der Justiz setzte sich der Redner nachdrücklich für die Unabhängigkeit und Gewissensfreiheit der Richter ein, die aber auch gegen Mißgriffe und Fehlsprüche in ihren Reihen energig Stellung nehmen müßten.

Abg. Dr. Kahl (D. Vpt.) schildert zunächst den gegenwärtigen Stand der Ausfuhrarbeit an der Strafrechtsreform. Die Verhandlungen mit Österreich hätten einen erfreulichen Anfang genommen. Das bisherige Ergebnis sei die Verständigung über den ganzen allgemeinen Teil. Das umstrittene Problem der Todesstrafe sei bisher zurückgestellt worden. Die Strafrechtsreform solle aber nicht das einzige und letzte Ziel der deutsch-österreichischen Rechtsangleichung auf dem Gebiete des Strafrechts und Verfassungsrechts. Gegenwärtig wird an der Vereinfachung des Strafrechts gearbeitet. Die Rechtsangleichung ist nur ein Ausdruck der historisch begründeten, tatsächlich bestehenden und durch keinen Akt der Weltpolitik aufzuhaltenden Geistesverwandtschaft der beiden Länder. Eine Schlichtungsfrage für die Strafrechtsreform wäre die Auffassung des Reichstages, von der jetzt schon so viel gesprochen wird. Die Strafrechtsreform würde auf eine ganz unbestimmte Zeit verschoben werden, wenn es nicht gelang, sie in dieser Legislaturperiode zu vollenden. (Hört, hört.) Daran würde nichts zu ändern sein etwa durch ein Übergangsgesetz, das die bisherige Ausfuhrarbeit dem kommenden Reichstag überweist. Die Rechtsangleichung mit Österreich wäre dann aufs äußerste gefährdet. Alle für schnelle Neuwahlen vorgebrachten Gründe müssen zurücktreten hinter der Notwendigkeit, das erfolgreich begonnene Werk der Strafrechtsreform nicht einfach in Scherben zu schlagen. Notwendig ist eine Einschränkung der gesetzgeberischen Überproduktion und eine grundlegende Reform der Reichstagsauschüsse. Das Reichsjustizministerium solle die Gesetzentwürfe aller Ressorts auf ihre Gründlichkeit und Entbehrlichkeit prüfen. Die Spezialfrage der Rechtsangleichung innerhalb der Länder des Reiches sollte noch vor der Lösung des Gesamtproblems des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern geregelt werden. Es war ein großer Fehler des Verfassungsausschusses in Weimar, daß er sich nicht entschließen konnte, Richtlinien über die Fragen des Unitarismus und Föderalismus aufzustellen. Die Deutsche Volkspartei hat als ihr Ziel den deutschen Einheitsstaat aufgestellt. In diesem Ziel gehe ich mit Herrn Dr. Gremer einig. Er unterseide sich von ihm nur im Tempo. Bismarck würde freilich auch festhalten an dem tausendjährigen Grundgesetz deutscher Entwicklung, der Respektierung des Stammes und des Volkstümlichen innerhalb der Einheit und der Allgemeinheit. Es darf das Werk der Reichseinheit nur so geschaffen werden, daß dabei die Freude am Reich keinen Schaden erleidet.

Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsjustizminister eingegangen. Um 16.25 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag 14 Uhr vertagt.

Politische Neuigkeiten

Das Zentrum zur Verwaltungsreform

Am die Frage der Verwaltungsreform in den Ländern aus dem Studium der Diskussion in die Wirklichkeit zu rufen, hat die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages einen Antrag eingebracht, in dem beantragt wird:

1. Eine entsprechende Zusammenlegung von bisher nebeneinander bestehenden Behörden,
 2. eine zweckmäßige, den heutigen Verkehrsverhältnissen angepaßte und mit den Interessen der Bevölkerung im Einklang stehende Abgrenzung der preussischen Verwaltungsbezirke,
 3. eine den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werdende Vereinfachung des Instanzenzuges,
 4. die Beseitigung von überflüssig erscheinenden Behörden,
 5. eine Begreifung zur Beseitigung der zahlreich im preussischen Staatsgebiet liegenden Enklaven.
- Dabei mühte als Resultat der Vorlage gleichermaßen eine Vereinfachung der gesamten Verwaltungsarbeit und eine Herabsetzung der Verwaltungskosten praktisch erreicht werden. Wie eine Berliner Korrespondenz berichtet, wird der Reichs- und Anhalt ausgearbeitet werden, Ersparnisvorschläge zu machen.

Der Reichsrat hielt am Donnerstag eine öffentliche Vollversammlung ab. In dieser Sitzung wurde verschiedenes vom Reichstag unterändert angenommen. Gesetzen durch den Reichsrat die endgültige Sanction erteilt. Angenommen wurde u. a. eine Verordnung über internationalen Kraftfahrzeugverkehr. Die Verordnung soll erlassen werden, um Ausländern die Zulassung ihrer Fahrzeuge in Deutschland zu erleichtern.

Elektrische Reichs-Preußen. Die Verhandlungen zwischen Preußen und Reich über die schwebenden Fragen der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft sind den Wätern zufolge soweit vorgeschritten, daß eine Verständigung erzielt ist. Die Einzelheiten dieses bedeutsamen Friedensschlusses, der einem jahrelangen Gegeneinanderarbeiten der Ressorts ein Ende machen soll, werden demnächst veröffentlicht werden.

Schiedspruch für die Reichs- und Staatsangestellten

BRB. Berlin, 27. Jan. (Tel.) In dem Lohnstreit des Reichs- und preussischen Staatsangestellten wurde gestern abend vom Schlichter ein Schiedspruch gefällt, der Gehalts-erhöhungen von 25 bis 16 Proz. vorsieht. Für Mehrarbeit soll keine besondere Vergütung gewährt werden, sondern diese soll durch Freizeit ausgeglichen werden. Die Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches durch die Parteien läuft bis zum 3. Februar. Aber die Verteilung der einzelnen prozentualen Erhöhungssätze sollen auf Vorschlag des Schlichters direkte Verhandlungen zwischen den Parteien stattfinden.

Das Schicksal der Fememörder

BRB. Berlin, 27. Jan. (Tel.) Der zum Tode verurteilte Oberleutnant a. D. Paul Schulz ist in der Strafanstalt Bismarck erkrankt. Der Gefängnisarzt stellte eine leichte Meningitis fest, die nach seiner Ansicht jedoch in kurzer Zeit behoben sein dürfte. Einer Überführung ins Lazarett hat Schulz selbst widersprochen. Inzwischen sind allen vier wegen Fememordes zum Tode verurteilten Gefangenen auch weitere Erleichterungen zugestanden worden. Doch haben sie Jellen erhalten, die von innen beleuchtet werden. Bei seiner ersten Unterredung mit Rechtsanwalt Dr. Saak erteilt Schulz einen Weintrampf. Er hat, daß man lieber die Todesstrafe vollstrecken als ihn und die anderen drei Verurteilten der Qual der Ungewißheit überlassen solle. Schulz war jedoch nicht fähig, irgendwelche Angaben zu machen, so daß Rechtsanwalt Dr. Saak sich von neuem an den Präsidenten des Strafollzugsamtes gewandt und beantragt hat, die vier Verurteilten nach Moabit zurückzuführen. Andernfalls könne er als Verteidiger nicht die Verantwortung übernehmen, die Einreichungsfrist für das Wiederaufnahmeverfahren, das für die vier zum Tode Verurteilten von ungeheurer Wichtigkeit sei, einzuhalten. Neben der Wiederaufnahme des Verfahrens geht inzwischen das Gnabengesuch seinen Gang. Es dürfte aber mindestens drei bis vier Wochen dauern, bis auf dem amtlichen Wege das Kabinett angerufen werden kann.

Der Mittellandkanal

Dem Reichstag ist, wie gemeldet, außer den andern Kanal-entwürfen eine Denkschrift des Reichsverkehrsministers über die Kanalbauten des Mittellandkanals zugegangen, die bis ins einzelne gehende Angaben enthält. Die Kosten für die auf 136 Kilometer vorgesehene Länge des Kanals sind auf 278,47 Millionen berechnet. Dem Bauprogramm liegt eine siebenjährige Bauzeit zugrunde. Mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches ist jedoch eine Streckung der Arbeit auf 11 Jahre in Aussicht genommen. Es ist beabsichtigt, die Arbeiten bis zum Hafen Braunschweig in vier Baujahren zu beenden, so daß im Jahre 1931 der Betrieb vom Rhein bis Braunschweig aufgenommen werden kann. Der Wefer-Elbkanal verbindet das westliche Wasserstraßennetz mit dem östlichen, so daß die großen Güterwerte und Eisenwerke des rheinisch-westfälischen Industriegebietes in die Lage versetzt werden, ihre Erzeugnisse zu verbilligten Frachtsätzen der großen Verbrauchszentrale Berlin zuzuführen. Umgekehrt können die im Osten gewonnenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse leichter nach dem Westen hin abgesetzt werden. Außerdem erhalten sämtliche wichtigen deutschen Seeflächen von Emden bis Stettin eine schiffbare Verbindung mit den Hauptindustrie- und Verbrauchsgebieten.

391 000 Kriegsschädenfälle

Nach der Begründung des Kriegsschadensgesetzes, die kürzlich dem Reichsrat zugegangen ist, sind rund 391 000 Schadenfälle zu entschädigen, darunter 61 000 Wertpapier-schadenfälle. Von den restlichen 330 000 Fällen kommen 95 900 auf das Ausland, 17 500 auf die ehemaligen Schutzgebiete, 136 800 auf die abgetretenen Ost- und Nordgebiete, 84 800 auf ober-schlesische Aufstansschäden und 45 000 auf die abgetretenen Westgebiete. Der Friedenswert sämtlicher Schäden für die Liquidationsabteilung wird auf 7,6 Milliarden, der der Gesamt-schäden auf rund 2,8 Milliarden, insgesamt also auf 10,4 Milliarden. Auf diese Schäden sind bis zum 1. Dezember 1927 1,014 Milliarden Reichsmark bewilligt worden, und zwar entfallen davon auf Liquidations-schäden rund 429, auf Gewalt-schäden rund 585 Millionen. Weitere 59 Millionen wird das Reichenschiedsgericht noch ausschütten, so daß sich die Gesamtentschädigung auf rund 10 Proz. des Friedensbetrages der Schäden belaufen wird. Die Gesamtbelastung des Reiches überhaupt wird sich auf rund 1,5 Milliarden belaufen, wenn die Finsbeträge noch eingerechnet werden.

Der Außenhandel der Schweiz 1927

Der schweizerische Außenhandel für das Jahr 1927 schließt mit einer Einfuhrmenge von 78,2 Millionen Doppelzentner und einem Wert von 2 593,8 Mill. Fr. Der Export weist eine Mengenziffer von 10,4 Mill. und einen Ausfuhrwert von 2 028,2 Mill. auf. Im Vergleich zum Jahre 1926 ergibt sich bei der Einfuhr eine Mengensteigerung von 3,9 Mill. Doppelzentnern und eine Wertvermehrung von 149,3 Mill. Bei der Ausfuhr beläuft sich die Mengensteigerung auf 2 Mill. Doppelzentner und der Wertzuwachs befreit sich auf 186,7 Mill. Fr. Im reinen Warenverkehr erreicht die Unterbilanz im Jahre 1927 501,6 Mill. (20 Proz.) gegen 534,2 Mill. (22,6 Proz.) im Jahre 1926. Im Jahre 1927 beläuft sich der Export im reinen Warenverkehr auf 2 008,6 Mill. Fr. gegen 1 871,5 Mill. Fr. im Jahre 1913.

Ein Aufruf des Minderheitenblocks in Polen

Der Deutsche, Juden, Ukrainer und Weißrussen umfassende Minderheitenblock Polens hat einen Aufruf erlassen, in dem alle Minderheiten aufgefordert werden, zur Wahrung ihrer nationalen und bürgerlichen Rechte für die gemeinsame Wahl-liste ihre Stimmen abzugeben. Man habe den Minderheiten, so heißt es in dem Wahlauftrag, das Recht zum Zusammen-schluss versprochen, aber schon in der Tat ihre Vereini-gung erkläre man den Plan eines Verbrechens gegen den Staat, da man die Politik auf der Schwächung der Minder-heiten aufbauen will. Allen Bürgerlichen sei es gestattet, sich zu einem Wahlblock zusammenzuschließen. Nur den Minder-heiten wolle man dieses Recht verweigern. Es sei doch nichts anderes, als eine Erneuerung des unglückseligen Gedankens, die Bürger in Regierende und Regierte, in Bedrückte und Bedrückte einzuteilen. Der Minderheitenblock habe es sich zur Aufgabe gemacht, gleiches Recht für alle Bürger des Staates zu erlangen.

Der hessische Staatspräsident Ulrich 75 Jahre. Heute feiert der Staatspräsident des hessischen Volksstaates, Karl Ulrich, seinen 75. Geburtstag. Er wird, wenn nicht wichtige Ver-änderungen ihn zum Weiterverbleiben zwingen, sein Amt niederlegen und weiterhin als Abgeordneter der Sozialdemo-kratrischen Partei im Reichs- und Landtag tätig sein.

Elektrisch über den Brenner. Die Elektrifizierung der Strecke Innsbruck-Brenner ist beendet. Am letzten Montag fuhr die erste elektrische Lokomotive über die Strecke. Der endgültige Betrieb wird im Frühjahr elektrisch aufgenommen.

Kurze Nachrichten

Die neue norwegische Regierung. Die neue von der Arbeiterpartei aufgestellte norwegische Regierung ist nun endgültig gebildet worden. Die Geschäfte des Premier- und Finanzministers übernimmt Hornsrud, der auswärtigen Angelegenheiten Bull.

Die Regierungserklärung in Danzig. Im Danziger Volkstag verlas Senatspräsident Dr. Sahms die Erklärung der neuen Regierung. Danach ist der neue Senat bestrebt, vertrauensvoll mit dem Räterbund zusammenzuarbeiten. Auch in den Beziehungen zu Polen will die neue Regierung eine Entspannung erzielen. Sie fordert jedoch von Polen, daß es die Selbständigkeit Danzigs und seinen deutschen Charakter achtet. Eine Vereinfachung und Reorganisation der Danziger Verwaltung ist in Aussicht genommen.

Ein Niesengeschäft auf dem Gebiet der Lichtspieltheater. Die Fox Film Corporation hat die Kontrolle über 300 Lichtspieltheater an der Westküste der Vereinigten Staaten erworben. Es dürfte sich dabei um das größte Geschäft handeln, das die Theatergeschichte je verzeichnet hat. Die in Frage kommenden Theater stellen einen Wert von 20 Millionen Pfund Sterling dar.

Chemische Neugründung in Rußland. Der Moskauer Chemietrust beabsichtigt in Zentralrußland neue kombinierte Betriebe der chemischen Industrie zu bauen. Es soll ein großes Superphosphat- und Schwefelsäurewerk sowie eine neue Gasanstalt und eine Kunstseifenfabrik errichtet werden, letztere in Moskau selbst. Das Gaswerk soll jährlich 80 Mill. Kubilmeter produzieren, die neue chemische Fabrik 80 000 Tonnen 14prozentiges und 40 000 Tonnen höherprozentiges Superphosphat herstellen. Die Baukosten sind auf 45 Mill. Rubel veranschlagt.

Todesurteil wegen Amtsvergehens. Der ehemalige Leiter der Warenabteilung des transkaukasischen Handelskommissariats, Kowolow, wurde, wie aus Moskau gemeldet wird, wegen Amtsvergehens zum Tode verurteilt und das Urteil alsbald vollstreckt.

Badischer Teil

Aus dem badischen Staatsvoranschlag 1928/29

Weiteres aus dem außerordentlichen Etat

Im einzelnen sind an außerordentlichen Ausgaben erwähnenswert: Aufwendungen für den Luftverkehr 200 000 Reichsmark, Aufwand für Vorbereitung und Durchführung der Reichstagswahl im Jahre 1928 60 000 Reichsmark, Instandsetzung von Polizeimotoren und Polizeiwagen 150 000 Reichsmark, Bekämpfung der Tuberkulose 125 000 Reichsmark, Fertigstellung der Krankenhäuser in der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz 162 000 Reichsmark, Neubau eines Jagdhauses für die Badanstalten in Baden-Baden, 2. Rate, 200 000 Reichsmark, Erweiterung des offenen Thermenbades in Badenweiler 31 000 Reichsmark, Aufwand für Siedlungen badischer Bauern 90 000 Reichsmark, Zuschüsse für die produktive Arbeitslosgenerierung 486 000 Reichsmark, außerordentlicher Beitrag zum Aufwand des Badischen Verkehrsverbandes 5000 Reichsmark, Darlehen des Landes Baden an einzelne Gemeinden zur Abdeckung ihrer Milchfrankenschulden (7. Teilforderung) 283 200 Reichsmark, Darlehen des Landes Baden zur Abdeckung der im öffentlichen Interesse eingegangenen Viehfrankenschulden (3. Teilforderung) 176 500 Reichsmark, zur Vinderung der Unweiter- und Hochwasser Schäden vom Sommer 1927 250 000 Reichsmark, zur Vorbereitung der Neubauten der Heibelberger Universität 100 000 Reichsmark, außerordentliche Zuschüsse für akademische Institute in Heidelberg 90 000 Reichsmark, Instandsetzung des alten Universitätsgebäudes in Freiburg i. Br. 50 000 Reichsmark, für den Neubau der dortigen Kliniken a) Geländeerwerb (2. Teilforderung) 400 000 Reichsmark, b) Neubaulosten (3. Rate) 1 000 000 Reichsmark, außerordentliche Zuschüsse für Feurburger akademische Institute 80 000 Reichsmark, Soziale Fürsorge für Studierende der drei Hochschulen des Landes 60 000 Reichsmark, Errichtung eines Hochspannungslaboratoriums der Technischen Hochschule Karlsruhe (2. Rate) 130 000 Reichsmark, Zuschüsse zur Erstellung von Baulichkeiten und Sportanlagen für die Hochschulen 1 245 000 Reichsmark, Zuschüsse zu Schulhausbauten 715 000 Reichsmark, Die Mittel für die beiden letzteren Positionen wie auch die Zuschüsse für Realschulen in Höhe von 50 000 Reichsmark, und zum Betriebe von Kinder- und Jugendberuhungsheimen in Höhe von 150 200 Reichsmark, und endlich die Summe von 103 000 Reichsmark zur Förderung kultureller Zwecke im besetzten Gebiete werden aus Überweisungen des Reiches entnommen. Die Erstellung neuer Beamtenwohnhäuser erfordert 2 090 000 Reichsmark, die Instandsetzung der Landstraßen mit Rücksicht auf die rasche Entwicklung des Kraftwagenverkehrs 14 000 000 Reichsmark, die Verlegung der Kinzig bei Neßl 2 925 000 Reichsmark, die Unterführungen zur Förderung von Kulturunternehmungen 1 500 000 Reichsmark, der Bau dreier Rheinbrücken bei Mannheim, Speyer und Mainz 2 000 000 Reichsmark. Endlich sind aus dem Reich zur Verfügung gestellten Mitteln 750 000 Reichsmark für den Ausbau des Kehler Hafens vorgesehen.

Wiedereröffnung des Landesbades

Wie wir hören, wird das Landesbad in Baden-Baden am Donnerstag, den 1. März 1928, wieder eröffnet.

Der Badische Städtebund zur Frage des Einheitsstaates

In einer Ausschusssitzung, bei der rund 35 Städte vertreten waren, wurde vom Badischen Städtebund zu der Frage des Einheitsstaates und der Verwaltungsreform vom Standpunkt der Städte aus im Anschluß an ein ausführliches Referat des Bürgermeisters Dr. Kraus, Rechl, eingehend Stellung genommen. Es wurde einstimmig für dringend notwendig gehalten, daß auch der Badische Städtebund zu dieser Frage positive Vorschläge macht. Zur Bearbeitung insbesondere der Verwaltungsreform für das Land Baden wurden drei Berichtserklärer ernannt, die ihren Standpunkt schriftlich niederlegen sollen. Gegen die vom Lande Baden beabsichtigte Verabsichtigung des Landesanteils an den Kosten der gehobenen Fürsorge von $\frac{1}{2}$ auf $\frac{1}{4}$ mit Wirkung vom 1. April 1928 ab wurde Einsprache erhoben.

Tagungen

Tagung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen. Vom 19. bis 22. Januar tagte in Schönwald ein Ausschuss des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen, an welchem Vertreter der deutschen, österreichischen, ungarischen und holländischen Reichs- und Staatsbahnen teilnahmen. Dank des günstigen Winterwetters konnten die Herren noch den besten Eindruck von unserem Schwarzwald als Winterportgebiet mit in ihre Heimat nehmen.

Erdstöße in Oberbaden

Dr. Freiburg i. Br., 27. Jan. (Tel.) Heute morgen gegen 4,15 Uhr wurde hier ein leichter, aus südwestl. Richtung kommender Erdstoß, dessen Stärke sich durch leichte Erschütterung der Häuser in den Außenbezirken der Stadt und durch leises Klirren der Fensterscheiben anzeigte, beobachtet. Die gleiche Beobachtung wurde nach bisher eingegangenen Berichten zur selben Zeit in der Umgebung von Staufen und Sulzburg gemacht. Auch auf der Bahn wurde der Erdstoß wahrgenommen. In Donaueschingen erlante man den Erdstoß mit Sicherheit auch an dem Anraren des Gebälks an verschiedenen Häusern.

Der Erdstoß ist in einzelnen Orten des Markgräflerlandes, so z. B. in Müllheim, ziemlich stark gespürt worden. Auch in Basel wurde der Erdstoß um 4,14 Uhr verspürt. Wie berichtet, wurden schwerere Zimmergegenstände zum Schwanlen und leichtere zum Umsallen gebracht. Dem eigentlichen Stoß war ein 8 Sekunden lang dauerndes Beben vorangegangen, wobei ein starkes Säusen in der Luft beobachtet wurde. Auch im schweizerischen Osten im Riesal wurde der von dumpfen Rollen begleitete Erdstoß verspürt. Besonders im schweizerischen Jura wurde die wellenartige Erschütterung gut wahrgenommen.

Dr. Bruch, 27. Jan. (Tel.) Heute früh kurz nach 4,15 Uhr wurde in Bruch und Umgebung ein Erdbeben verspürt, das sich in mehreren Erschütterungen auswirkte. Das Beben war zum Teil von starkem Rollen begleitet. Menschen und Tiere erwachten aus dem Schlaf und besonders Hunde fingen an zu bellen. Das Erdbeben verlief in nord-südlicher Richtung. In den Zimmern gerieten Möbelstücke und Bilder an der Wand in Bewegung. Das Beben wurde auch im boderen und hinteren Biesental und besonders hier ziemlich stark verspürt. Man beobachtete in der Gegend von Bell zwei Erdstöße, von denen der erstere sich in explosionsartigen Erschütterungen bemerkbar machte, worauf dann kurz nachher ein einige Sekunden anhaltendes dumpfes Rollen folgte.

Aus der Landeshauptstadt

70. Geburtstag. Der Gründer und frühere Inhaber der bekannten Herrenkonfektions- und Maßfirma Spiegel & Wels, S. Wels, kann heute seinen 70. Geburtstag begehen.

Karlsruhe als Kongreßstadt. Die Kongreßanmeldungen beim Verkehrsverein Karlsruhe für die nächsten Monate mehrten sich. Anfangs September halten die badisch-pfälzischen Kleingartenvereine ihre Landestagung ab, mit der eine Ausstellung von Kleingartenzeugnissen in der Städtischen Ausstellungshalle vom 1. bis 9. September verbunden ist. Zu dem im Oktober stattfindenden Badischen Arzttag werden 200-300 Ärzte erwartet. Ebenfalls in den Oktober fällt die Hauptversammlung der süddeutschen Gruppe des Verbandes der Leiter der Städtischen Kurparks- und Straßenreinigungsbetriebe. Voraussichtlich im Sommer d. J. findet die Hauptversammlung der Seidenbauinteressenten Deutschlands statt. Die Anmeldungen für 1929 sehen u. a. den Evangelisch-liturgisch-sozialen Kongreß vor.

Gewandhaus-Quartett. Donnerstag, den 2. Februar, findet abends 8 Uhr, im Eintrittsaal der 4. Kammermusikabende der Kongreßdirektion Kurt Neufeldt statt, der uns nach Jahresfrist wieder das berühmte, auch bei uns so überaus beliebte, Gewandhaus-Quartett aus Leipzig bringt. Da seit dem 10. November, an dem bei uns das Hofe-Quartett spielte, kein Streichquartett-Abend mehr in Karlsruhe stattgefunden hat, dürfte das Interesse unserer Musikfreunde diesmal besonders stark sein, es ist daher ratam, rechtzeitig Karten im Vorverkauf bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 39, zu lösen, zumal diese hochwertigen Kammermusikabende die stätliche Abonnentenzahl von 462 aufweisen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die erste Störung der atlantischen Zyklone ist in der vergangenen Nacht über unser Gebiet gezogen und hat strichweise Bewölkungszunahme und Erwärmung mit leichten Niederschlägen gebracht. Das Hochdruckgebiet über Mitteleuropa zerfällt rasch. Da auf dem Ozean neue Störungen nachdrücken, müssen wir mit allgemeiner Wetterverschlechterung rechnen. Voraussage für 28. Jan.: Wechselnd wolkig mit zeitweiligen Niederschlägen und auffrischenden Westwinden, vorübergehend Temperaturrückgang.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Mannheim, 26. Jan. Die Große Karnevals-gesellschaft Mannheim veranfaßt am Fastnachtsfestabend einen großen Karnevalszug, in dem 25 Wagen fahren werden, die in humoristisch-satirischer Weise lokale Angelegenheiten glossieren sollen. Der Zug soll eine Länge von 7 Kilometern haben.

Dr. Mannheim, 27. Jan. Das Jugendgericht verhandelte gestern gegen den 17 Jahre alten Tagelöhner Hermann Baumgart wegen Totschlag. Es handelt sich um den Zusammenstoß eines Trupps A. S. Leute (Sportabteilung) der nationalsozialistischen Partei mit drei Betrunknen in der Neckarstadt abends 10 Uhr. Ein Umzug der Nationalsozialisten hatte sich auf dem Marktplatz aufgelöst und der Angeklagte war mit drei anderen Männern auf dem Wege nach Hause. Anterwegs wurden sie von den 22 Jahre alten Karl Luley, dessen Onkel Fritz Luley und einem Führmann, namens Adam Odenwald eingeholt, die in betrunkenem Zustand dahintorkelten. Es kam zwischen den beiden Parteien zu einem Handgemenge, wobei der Angeklagte mit einer Scheintobipistole den Karl Luley ins Gesicht schoß. Im weiteren Verlauf der Streitigkeiten nach Baumgart wie ein Wilder darauf los. Fritz Luley erhielt einen Stich und sank nach einigen Schritten tot zusammen. Karl Luley hatte einen Stich durch Magen und Leber erhalten, Odenwald einen Rippenstich, beide mußten sich ins Krankenhaus begeben. Der Angeklagte, der erlich belastet und grundverurteilt ist, wurde zu einem Jahr 6 Monaten Gefängnis und Zulassung zu Erziehungsmahnahmen verurteilt.

Dr. Heidelberg, 28. Jan. In der Gegend von Erbach hält sich seit einiger Zeit eine Maffianfamilie auf, bestehend aus einem Pärchen mit vorjährigem Kamm. Das Pärchen gehört zur Gattung der Wildschafe. Dem Pärchen nach wurden die Tiere f. B. von Fabrikbesitzer Freudenberg in Weinheim ausgeführt. Die etwas scheuen und finlen Tiere wagen sich kaum ins Freie und verursachen keinerlei Furschäden.

Dr. Furtwangen, 26. Jan. Im Alter von 67 Jahren ist hier der weit über Furtwangen hinaus bekannte Industrielle Theophil Grieshaber gestorben. Nach seinen Wanderjahren trat er bei der Drahtzug- und Stiffenfabrik Gebr. Grieshaber in Trüben ein, wo sein Vater Teilhaber war. 1890 übernahm er mit seinem Bruder Egon das Geschäft seines Vaters in Furtwangen. Er war in industriellen Kreisen des Schwarzwaldes sehr bekannt, besonders auch in der Uhrenindustrie. So wurde er auch in die Handelskammer berufen, wie er auch dem Bürgerausschuß in seiner Heimatgemeinde Furtwangen angehörte.

Dr. Waldshut, 26. Jan. Ein eigenartiger Unfall hat sich in einem Postwagen der Kraftpostlinie Tiengen-Seebrud ereignet. Man hatte die Auspuffgase des Motors, welche sonst durch Auspuffröhre ins Freie gelangen, durch eine besondere Einrichtung in Röhren durch das Innere des Wagens geführt, um sie zur Heizung des Wagens zu benutzen. Vermutlich ist eine der Röhren im Innern des Wagens defekt gewesen. Bei der Haltestelle Niedern-Eteeg wurde der Führer des Wagens auf den Gasgeruch aufmerksam gemacht. Er riß den Wagenschlag auf und stellte zu seinem größten Schrecken fest, daß bereits acht Fahrgäste infolge Gasvergiftung bewußtlos geworden waren. Die Fahrgäste konnten jedoch bald wieder zum Bewußtsein zurückgerufen werden.

Dr. Germersheim, 26. Jan. Die Schiffsbrücke bei Germersheim wird Ende der Woche für den gesamten Verkehr wieder freigegeben werden, da die Arbeiten an der Rheinbau- und Brückeninstandsetzung in diesen Tagen beendet sein werden.

Dr. Kaiserslautern, 26. Jan. Nach einer Mitteilung der Oberpostdirektion Speyer ist die in verschiedenen Zeitungen wiedergegebene Nachricht, daß der Rundfunksender Kaiserslautern entsprechend einem Verlangen der Besatzungsbehörden nur auf 0,7 KW Telephonleistung ausgefeuert werden darf, völlig unzutreffend. Ein derartiges Verlangen ist von seiten der Besatzung nicht gestellt worden. Der Rundfunksender Kaiserslautern wird daher mit der vollen Leistung, für die er gebaut ist, also mit 8 KW senden.

Hd. Basel, 27. Jan. Die Untersuchung über das gräßliche Bombenattentat in Basel, das am 10. August 1927 sich ereignete und bei dem es insgesamt zur Festnahme von 23 Personen kam, ist völlig ergebnislos verlaufen. Die Verhafteten mußten sämtlich freigelassen werden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	27. Jan.		26. Jan.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169,07	169,41	169,06	169,40
Kopenhagen 100 Kr.	112,24	112,46	112,25	112,47
Italien 100 L.	22,185	22,225	22,195	22,235
London 1 Pf.	20,425	20,465	20,43	20,47
New York 1 D.	4,1905	4,1985	4,1910	4,1990
Paris 100 Fr.	16,47	16,51	16,47	16,51
Schweiz 100 Fr.	80,71	80,87	80,705	80,865
Wien 100 Schilling	59,055	59,175	59,08	59,20
Wrag 100 Kr.	12,43	12,44	12,422	12,442

Die Ostpreussenschau und -aktion 1928 findet am 1. Februar im Zirkus Busch zu Berlin statt. Der Katalog, welcher alle näheren Angaben über die etwa 60 zur Versteigerung kommenden Pferde enthält, ist durch die Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen, Königsberg i. Pr., Beethovenstr. 24/26, oder durch die Firma Sante, Berlin N 54, Schönhauser Allee 185, zu beziehen. Unter den 64 Pferden des Kataloges befindet sich vorzügliches Material für alle Zwecke und es dürften auch aus dieser Auktion wiederum Pferde hervorgehen, die sich bereits auf den Turnieren 1928 einen Namen machen werden. Sind doch Pferde wie Piccolomini, Walte, Karadiesvogel, Burgsdorff, Iwo, Autorität und viele andere mehr aus den Berliner Auktionen ausgewählt oder ostpreussischer Pferde hervorgegangen.

Die Haupttagung des Deutschen Lichtspielinhalts in Frankfurt a. M. hat am Mittwoch die Umwandlung in eine Aktien-gesellschaft vollzogen. Die nächstjährige Produktion des Studiolits soll 15 Filme umfassen. Die nächste Generalversammlung soll in Hamburg stattfinden, für die aus Süddeutschland delegiert wurden: Weß, Frankfurt a. M., Kienze, Baden-Baden, Kurth, Stuttgart und Biehl, München.

Verschiedenes

Sturm im Atlantischen Ozean

WTW. New York, 27. Jan. (Tel.) Der Cunard-Dampfer „Aquitania“ ist infolge des Sturmes im Atlantischen Ozean hier mit 45 Stunden Verspätung eingetroffen. Bei dem Orkan, der auch Kanada und den Ostteil der Vereinigten Staaten, heimlich, verloren 10 Personen ihr Leben. In der Stadt New York allein wurde durch den Sturm Glas im Werte von 250 000 Dollars zertrümmert. 42 Personen wurden durch Glassplitter, herabfallende Ziegel und Schieber verletzt.

Berurteilung eines italienischen Schwindlers

WTW. Rom, 27. Jan. (Tel.) Der Schwindler, der seiner Zeit behauptet hatte, in den Marmorbergen von Carrara Eisen entdeckt zu haben und der damit einige Tage lang in der Presse großes Aufsehen erregt hatte, wurde gestern wegen verschiedener Betrügereien zu drei Jahren sechshalb Monaten Haft verurteilt.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Apothek in Waldorf, Amt Wiesloch.

Die Berechtigung zum Betriebe der Apotheke in Waldorf, Amt Wiesloch, die durch den Tod des bisherigen Inhabers erledigt ist, wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbungsgesuche sind unter Beifügung folgender Nachweise (geheftet) hierher einzureichen:

1. Lebenslauf mit Angabe der Familienverhältnisse,
2. Geburtszeugnis,
3. Staatsangehörigkeitsausweis,
4. Approbationsurkunde,
5. Zeugnisse über den etwa geleisteten Militärdienst,
6. Amtliche bestätigte Zeugnisse über die bisherige Beschäftigung seit Ablegung der Staatsprüfung,
7. Polizeiliche Führungszeugnisse aus sämtlichen Orten, an welchen der Bewerber nach erlangter Approbation als Apotheker wohnhaft war,
8. Zeugnisse über etwaige besondere Leistungen oder über wissenschaftliche Fortbildung,
9. Nachweis des Besitzes der voraussichtlich erforderlichen Geldmittel.

Ablauf der Bewährungsfrist: 1. März 1928. Bewerber, welche nach 1912 approbiert sind, haben keine Aussicht auf die Erlangung vorstehender Konzession.

Karlsruhe, den 25. Januar 1928.

Der Minister des Innern:

H. B.: Föhrenbach

Expresgutverkehr nach dem Orient

Es wird uns noch mitgeteilt, daß die Versicherungsgebühren entgegen der kürzlich veröffentlichten Notiz nur 5 vom Tausend vom Wert der Sendung beträgt.

Börsen und Märkte

Wochenrückblick nach dem Stand vom 26. Jan.

Die Börse lag in dieser Woche sehr unsicher bei mäßigem Geschäft. — Allgemeiner Auftragsmangel und große Geschäftslage belasteten die Tendenz. Vor allem war die Börse beunruhigt durch die Ausdehnung des Streiks in der mitteldeutschen Metallindustrie sowie durch die in Aussicht genommene Kündigung des Lohn- und Arbeitszeitabkommens für den Ruhrbergbau. Die Börse befürchtet, daß weitere Tarifkündigungen auf Ende März und April erfolgen werden. Freigabewerte waren niedriger, ebenso Montan- und Farbenaktien.

Auch Banfaktien bedeckten ab. Negeres Interesse bestand nur für Elektrowerte. Der Anleihemarkt war sehr ruhig und kaum verändert. Später gab es an der Börse wieder eine leichte Erholung, doch blieb die Tendenz uneinheitlich.

Die Geldmärkte zeigten ein flüchtiges Aussehen. Gegenüber den Vorwochen hat die Verflüchtigungsbewegung aber nicht mehr zugenommen, sondern ist eher zum Stillstand gekommen. Diese leichte Veränderung erklärt sich daraus, daß die Rückzahlung von Wechselkrediten an die Reichsbank inzwischen bedeutende Fortschritte gemacht hat, wodurch der Umlauf an Reichsbankgeldern eine weitere Verringerung um nahezu 300 Millionen Reichsmark erfahren hat.

Die Produktienmärkte lagen diese Woche still, und es fehlte an jeder Anregung. Die Preisunterschiede gegenüber der Vorwoche waren nur bescheidener Art.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 21. Januar d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11½ d. bzw. für ein Gramm Feingold 32,777 pence.

Der Erfolg hat bewiesen

dass wir billig sind.

Nur noch 3 Tage bieten wir

Ihnen die selten günstige Einkaufs-Gelegenheit, zu aussergewöhnlich billigen Preisen

Qualitätswaren zu kaufen.

Trotz Inventur-Ausverkaufspreisen auf Teilzahlung!

1/6 Anzahlung!

6 Monate Ziel!

Herren- und Damen-Bekleidung

Confektionshaus

HIRSCHEN

G. m. b. H. Kaiserstr. 95

Badische Lichtspiele

KONZERTHAUS

Samstag, den 28. bis Mittwoch, den 1. Februar, 20.15 Uhr
Sonntag, 29. Januar, nur 16 Uhr

Sondervorführungen nur für Erwachsene

„Monika Vogelsang“

Dramatischer Film aus dem Mittelalter mit HENNY PORTEN in der Titelrolle

Musikbegleitung: Polizeikapelle

Preise, Vorverkauf und Ermäßigungen wie üblich.

6.106

TINTE u. SCHMINKE

Presse- u. Bühnenfest 1928 am 4. Februar

in sämtlichen Räumen der städtischen Festhalle in Karlsruhe

Eintrittskarten zu 10 RM sind zu haben in folgenden Geschäftsstellen:

- Badischer Beobachter, Steinstraße 17
- Badische Presse, Lammstraße 1b
- Karlsruher Tagblatt, Ritterstraße 1
- Karlsruher Zeitung, Karl-Friedrich-Straße 14
- Residenz-Anzeiger, Jollystraße 21/25
- Volksfreund, Waldstraße 28 und an der Hauptkasse des Badischen Landestheaters

Leichenwagen

liefern als Spezialität

Leichter Fahrzeugwert

G. m. b. H. G. 931

Borch Nr. 9, Württemberg

Jede Ausführung vorzüglich, günstige Zahlungsbedingungen.

Angebote und Bilder kostenlos.

Gebrauchter, sehr gut erhaltener

Zanitätswagen auf Gummirollen sehr preiswert abzugeben.

Ihren Umgang betr. Brauchen Sie

Möbelwagen?

dann

Bad. Lagerhaus Offenburg

Besitzer: Willy Wagner

fragen. Erfüll. bestempf. zuverf. Möbelspeditionen-Unternehmen.

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

offizielles Organ der badischen Regierung

Über den ganzen Freistaat Baden verbreitet Von sämtlichen Staats- und Gemeindebeamten, in Industrie-, Handels- und Gewerbezirken gelesen

Anzeigen aus Industrie, Handel und Gewerbe sind deshalb von ganz besonderer Wirkung

Geschäftsstelle:

Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14

Telephon 952, 953, 954

5. Geldlotterie zugunsten des Münsters in Breisach am Rhein.

Bei der am 18. Januar 1928 stattgehabten Ziehung wurde folgende Nummern mit den dabei vermerkten Gewinnen gezogen: A. Gewinne von 100 bis 5000 Mark: 1746 (100) 20523 (100) 30374 (100) 32951 (100) 11238 (500) 12233 (500) und Prämie 1000 30565 (5000). — B. Gewinne je 50 Mark: 394 4959 7598 9224 17409 21534 33031 43781. — C. Gewinne je 20 Mark: 3413 9319 13173 14530 15867 18114 19722 19838 25538 25959 31787 30203 36666 37182 37201 44239 44468 46265 47747 48775. — D. Gewinne je 10 Mark: 978 2161 2801 4591 4810 6738 8255 8646 11189 14294 14801 15643 16357 17654 18500 20109 21824 23901 23673 28553 28932 29929 31137 32642 33312 35287 36076 36062 37788 37819 39198 44265 44583 45876 48819 47766 47873 47949 48429 48480. — E. Gewinne je 5 Mark: 429 442 1907 2049 2187 2202 2497 2863 3010 3041 3371 3523 4033 4428 4626 5169 5436 5997 6205 6436 6730 7045 7050 7134 8347 8747 9001 9332 10634 11949 11553 11610 12034 12945 20469 21371 22588 22819 24340 25707 16829 17274 18773 19075 19045 20469 21371 22588 22819 24340 25707 26330 26373 26458 26558 27144 27254 27405 27668 27446 28426 28909 30279 30843 31279 31588 31965 32228 32935 33030 34064 36087 36480 36901 37163 37179 37228 37396 38180 38812 39343 39620 40790 41412 41761 42183 43527 44700 44868 45588 46522 46751 46793 46807 46836 47392 47874 48754 49346 49912. — F. Sämtliche Nummern mit nachfolgenden Endzahlen gewinnen je 2 Mark: 017 091 096 177 207 219 229 249 252 254 304 314 346 371 440 449 513 596 603 680 687 698 702 710 714 725 794 808 831 844 906 915 965 989. — Ferner gewinnen folgende Nummern je 2 Mark: 23171 29451 39040 40678 43129 48310.

Die Auszahlung erfolgt durch Eberhard Geber, Karlsruhe i. B., Ostendstr. 6

Druck G. Braun, Karlsruhe

Sobien erscheint die hochbedeutsame Rektoratsrede

Kraftwagen und Kraftwagenverkehr

Kritische Bemerkungen über die bisherige und zukünftige Entwicklung der Kraftwagen und des Kraftwagenverkehrs

Von **HANS KLUGE** Professor an der Technischen Hochschule Fridericiana, Karlsruhe

Rede, gehalten zum Antritt des Rektorats am 3. Dezember 1927

Eine der wichtigsten Fragen der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung im Vergleich von Amerika und Deutschland

Preis 1,20 RM

VERLAG G. BRAUN IN KARLSRUHE
Karl-Friedrich-Straße 14

Bappelholzverkauf.

Das Bad. Rheinbauramt Offenburg (Baden) verkauft 1925 im Bappeln aus dem staats-eigenen Rheinbortland zwischen Stappel a. Rhein und der Wurgmündung in 73 Losen. Angebotsbortdrude werden kostenlos abgegeben. Losverzeichnis können beim Bauramt und bei den Wasserbauinspektoren in Ottenheim, Rehl, Freistett und Blittersdorf eingesehen werden. Außerdem werden sie gegen Voreinsendung eines Betrages von 1,50 RM verandt. Angebote sind mit der Aufschrift „Angebot für die Holzbergung“ bis spätestens 10. Februar 1928 beim Rheinbauramt Offenburg, Wilhelmstraße 2, einzureichen. 6.104

Nehmt Musikunterricht bei der Musiklehrerschaft des Deutschen Musikerverbandes

Lehreradressen erhältlich in den Musikalienhandlungen 961

Les' Bücher Wissen ist Macht!



Badisches Landestheater

Samstag, 28. Januar 1928
19°C

Uraufführung **Nero und Ute** von Juan Ramón

Musikalische Leitung: Josef Skrips

In Szene gesetzt von Otto Krauß

Nero: Witt
Ute: von Hartung
Agrippina: von Strauß
Tigellinus: Strauß
Marxus: Strauß
Schuster: Strauß
Barthos: Strauß

24.04. Ettlingen. Über das Vermögen der Firma Neuhäuser Söhne, Säge-, Hobel- u. Spaltwerk in Ettlingen, offene Handelsgesellschaft, wurde heute Mittag 12 Uhr das Vergleichsverfahren zur Anwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde Buchhalter Robert Holz in Ettlingen bestellt. Der Schuldnerin wurde allgemein verboten, über Vermögensgegenstände ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf: Montag, den 20. Februar 1928, vormittags 10½ Uhr, vor das Amtsgericht, Zimmer 18. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen ist auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt.

Ettlingen, 26. Jan. 1928.
Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts.

COLOSSEUM

Waldstraße 16
Telephon 5599

Bis 1. Februar täglich

Die große REVUE

Das lebende Magazin